

Beschluss (vorläufig) Kapitel 6: Fundament stärken – die zukunftsfeste Stadt

Gremium: LDK
Beschlussdatum: 23.03.2021
Tagesordnungspunkt: K-6 Kapitel 6

1 6. Fundament stärken – die zukunftsfeste Stadt

2 Wir haben die vergangenen Jahre genutzt, das „Jahrzehnt der Investitionen“ ausgerufen und
3 kräftig in die Zukunft der Stadt investiert. Wir haben U- und S-Bahn-Wagen in Milliardenhöhe
4 bestellt, haben Milliarden für Schulbau und -sanierung ausgegeben, Tausende neue Stellen in
5 der öffentlichen Verwaltung geschaffen und Gehälter auf den Durchschnitt der anderen
6 Bundesländer angehoben, massiv in den Wohnungsbau investiert, genau wie in Energieeffizienz
7 und die Digitalisierung der Verwaltung. Ein Paradigmenwechsel im Vergleich zu der Zeit von
8 vor der Grünen Regierungsverantwortung.

9 Berlin war heruntergewirtschaftet

10 2016 war die Stadt gezeichnet von vielen Jahren, in denen ein rot-roter Senat die Devise
11 ausgegeben hatte: „Sparen, bis es quietscht!“ Gerade die Bezirke waren kaum noch
12 handlungsfähig, so massiv waren die Finanzkürzungen und der Personalabbau. Die Berliner
13 Wasserbetriebe waren verkauft, genau wie die vormals landeseigenen Wohnungsunternehmen
14 „Gemeinnützige Siedlungs- und Wohnungsbaugesellschaft“ (GSW) und „Gemeinnützige Heimstätten-
15 , Spar- und Bau-Aktiengesellschaft“ (GEHAG), die mittlerweile zum Verbund der „Deutsche
16 Wohnen SE“ gehören. Regelmäßige Entwicklungskonzepte für die Bezirke und die Stadt und die
17 Sicherung von Flächen für soziale Infrastruktur waren Fremdworte - stattdessen wurden
18 Schulstandorte verkauft. Berlin hing bei der Bezahlung der Beamt*innen weit hinter der
19 Bezahlung in anderen Bundesländern zurück, der Begriff Digitalisierung war für große Teile
20 der Politik ein Fremdwort und eine Senatsstrategie gegen die Klimakrise noch nicht mal am
21 Horizont erkennbar.

22 Die Berliner Verwaltung hat Handlungsfähigkeit zurückgewonnen

23 Seitdem ist viel passiert: Wir haben den Bezirken Handlungsfähigkeit zurückgegeben. Seit
24 2016 haben wir die Bezirksverwaltungen um über 4.000 auf etwa 24.300 Stellen aufgestockt.
25 Ein Plus von 20 Prozent in einer Legislaturperiode. Die Bezirkshaushalte konnten wir sogar
26 um 25 Prozent auf heute rund 7,6 Milliarden Euro steigern. Um Handlungsfähigkeit vor Ort zu
27 schaffen, haben wir seit 2016 einstmalige Sonderprogramme verstetigt und wieder in die
28 Verantwortung der Bezirke und ihrer „Globalsumme“ zurückgegeben. Der „Zukunftspakt
29 Verwaltung“ wurde im Mai 2019 unterzeichnet: Damit haben sich der Regierende Bürgermeister,
30 alle zwölf Bezirksbürgermeister*innen und alle Senator*innen auf ein konkretes gemeinsames
31 Vorgehen verständigt, um Berlins Verwaltung effektiver und effizienter zu machen. Jetzt
32 müssen wir den nächsten Schritt gehen und die Modernisierung der Strukturen auf Landes- und
33 Bezirksebene weiter zügig umsetzen .

34 Das Berliner Vermögen halten und ausbauen

35 Gemeinwohl braucht öffentliche Ressourcen und eine soziale Bodenpolitik. Wir wollen das
36 Vermögen des Landes Berlin sichern und ausbauen. Mit der Privatisierung öffentlichen
37 Eigentums haben wir Schluss gemacht. In der kommenden Legislaturperiode werben wir weiter
38 bei anderen Parteien für eine echte Privatisierungsbremse in der Berliner Verfassung. Um den
39 Aufbau von Berlins Vermögen voranzutreiben, werden wir die neu gegründete „Berliner
40 Bodenfonds GmbH“ ausbauen und die strategischen Ankäufe von Liegenschaften forcieren. Dabei

41 wollen wir mit zivilgesellschaftlichen Initiativen, Genossenschaften und Stiftungen
42 kooperieren.

43 Finanzpolitik, Verwaltung und Bezirke auf Klimaneutralität ausrichten

44 Gemeinwohl geht einher mit dem Ziel, Berlin auf den 1,5-Grad-Pfad zu bringen. Wir verstehen
45 die Finanz- und Haushaltspolitik in Land und Bezirken als zentralen Hebel dafür. Mit einem
46 Berliner Klima-Budget werden wir den Ausstoß von CO₂ reduzieren und die Reduzierung von
47 Treibhausgasen auch noch stärker in die Logik der Bezirksfinanzierung einfließen lassen. Der
48 Berliner Klimaschutzrat soll die Einhaltung der Budgets und die Umsetzung überwachen.

49 Berlin neu ordnen und die personelle Erneuerung schaffen

50 Um Gemeinwohl und Klimaneutralität zu erreichen, brauchen wir eine leistungsstarke
51 Verwaltung: modern und effizient, digital und klimaneutral. Berlin kann nur dann
52 funktionieren, wenn dabei alle Ebenen und die Ressorts eng zusammenarbeiten. Darum werden
53 wir die sogenannte „gesamtstädtische Steuerung“ und Zuständigkeiten neu ordnen. Zu Themen
54 und Aufgaben von gesamtstädtischer Bedeutung wollen wir ressort- und ebenenübergreifende
55 Planungen und Strategien entwickeln und entsprechende Zielvereinbarungen zur Umsetzung
56 schließen. Um sicherzustellen, dass die mit den Zielvereinbarungen vereinbarten Ziele
57 eingehalten werden, wollen wir hierfür die Fachaufsicht der jeweils zuständigen
58 Senatsverwaltung wieder einführen. Reibungsverluste und Verantwortungswirrwarr zwischen
59 Hauptverwaltung und Bezirken wollen wir so konsequent beseitigen. In den kommenden Jahren
60 wird ein erheblicher Teil der Beschäftigten altersbedingt ausscheiden. Wir sehen den
61 demographischen Wandel als Chance für die Verwaltungsmodernisierung. Damit frischer Wind in
62 die Verwaltung kommt, machen wir das Land Berlin zu einer attraktiven Arbeitgeberin, bei der
63 sich Mitarbeitende wohl und willkommen fühlen. Wir richten das Arbeitsumfeld auf die
64 Bedürfnisse der Menschen aus: Mit zeitgemäßer Arbeitsplatzausstattung, flexiblen
65 Arbeitsmodellen und neuen Raumkonzepten für kreatives Arbeiten und zum Austausch unter
66 Kolleg*innen werden wir neue kluge Köpfe werben und binden, Motivation und Eigeninitiative
67 fördern und die Berliner Verwaltung so divers aufstellen, wie es die Bevölkerung dieser
68 Stadt längst ist.

69 Lokale Demokratie in den Bezirken stärken

70 In den Bezirken legen wir einen Schwerpunkt darauf, die lokale Demokratie weiter zu stärken,
71 sodass die Bezirke über die Aufgaben, die sie in eigener Verantwortung wahrnehmen,
72 tatsächlich vor Ort entscheiden können.

73 Die Bezirksämter wollen wir künftig nicht mehr nach Parteienproporz besetzen, sondern eine
74 echte "Bezirksregierung" schaffen, also ein Bezirksamt mit klaren Verantwortlichkeiten für
75 die Entscheidungen auf der einen Seite und klarer Oppositionsrolle der nicht im Bezirksamt
76 vertretenen Parteien auf der anderen, die dafür zusätzliche Rechte für ihre Fraktionen in
77 der Bezirksverordnetenversammlung erhalten. Nur mit einem solchen „politischen Bezirksamt“
78 wird für die Bürger*innen ersichtlich, wer für welche Politik geradesteht. Damit geht
79 einher, dass wir die Bezirksverordnetenversammlungen (BVV) stärken wollen, zum Beispiel
80 dadurch, dass künftig noch mehr ihrer Beschlüsse tatsächlich eine bindende Wirkung haben.
81 Für die dafür erforderlichen Änderungen in der Verfassung werden wir uns einsetzen.

82 Die Zeiten von „Sparen, bis es quietscht!“ müssen endgültig vorbei sein. Die Corona-Krise
83 stellt uns vor große finanzielle Herausforderungen, aber Kürzungen der öffentlichen Ausgaben
84 und Investitionen würde sie letztlich nur schlimmer machen – das hat uns die Vergangenheit
85 gelehrt. Zumal auch unterlassene Investitionen in die Unterhaltung und Modernisierung der
86 städtischen Infrastruktur versteckte Schulden sind. Wir werden weiter in die Stadt

87 investieren: für ein Berlin mit einer guten Grundversorgung für alle, das dem 1,5-Grad-Pfad
88 folgt, für effiziente Verwaltungen in Land und Bezirken und für eine demokratische, gerechte
89 und vielfältige Hauptstadt.

90 **6.1 Grüne Finanzpolitik – Daseinsvorsorge sichern,** 91 **Berlin klimaneutral und gerechter machen**

92 Berlin ist auf einem guten Weg. Nach Jahren des Kaputtsparens haben wir 2016 einen neuen
93 Kurs eingeschlagen. Wir haben massiv investiert in die Zukunft der Stadt, in Schulen, U- und
94 S-Bahnen, Fahrradwege, Krankenhäuser, mehr Personal und Digitalisierung. Die Corona-Krise
95 hat die Vorzeichen neu gesetzt. Zum ersten Mal seit Jahren mussten wir neue Kredite
96 aufnehmen. Wir haben dies getan, um die wirtschaftliche Aufholjagd der Stadt in den letzten
97 Jahren und ihre weitere Entwicklung abzusichern – viele Unternehmer*innen wurden mit
98 Soforthilfeprogrammen vor dem Ruin gerettet, mit Konjunkturmaßnahmen ermöglichen wir der
99 Wirtschaft einen guten Start aus der Krise. Es wäre die falsche Antwort, die Kosten der
100 Krise mit überzogener Sparpolitik begleichen zu wollen, da sie die Krise nur noch teurer
101 macht. Daher bleiben wir auf Kurs. Wir bekennen uns weiterhin zu einer nachhaltigen
102 Haushaltspolitik und dem Schuldenabbau, ebenso wichtig sind aber Investitionen in die
103 Zukunft. Dazu gehört, eine gute Daseinsvorsorge zu sichern, in die funktionierende Stadt zu
104 investieren, Berlin klimaneutral zu machen und für mehr Gerechtigkeit zu sorgen. Gerade im
105 Bereich der Förderungen bleibt im Moment noch zu viel Fördergeld ungenutzt. Wir wollen die
106 Strukturen der IBB reformieren, um zukünftig keine Mittel der EU, des Bundes oder des Landes
107 liegen zu lassen.

108 Daseinsvorsorge ist staatliche Aufgabe

109 Es war ein Fehler, in den Jahren vor 2016 unter SPD, CDU und Linkspartei Vermögen im Wert
110 von ca. 16,5 Milliarden Euro zu verscherbeln. Dieser Privatisierung öffentlichen Eigentums
111 haben wir in der Landeshaushaltsordnung einen Riegel vorgeschoben. Ein wichtiger Schritt,
112 aber nicht genug. Wir wollen eine echte Privatisierungsbremse in Form eines
113 Bodensicherungsgesetzes und durch eine Änderung in der Berliner Verfassung. Dafür werben wir
114 um Mehrheiten über die Parteigrenzen hinweg. Dabei gilt: Das Grundstockvermögen darf in
115 seinem Wertbestand grundsätzlich nicht verringert werden. Ausnahmen gibt es per Gesetz und
116 in außergewöhnlichen Notsituationen mit einer Mehrheit des Abgeordnetenhauses.

117 Eine endgültige Abkehr von der Privatisierungspolitik früherer Zeiten ist uns aber nicht
118 genug. Wir wollen das städtische Vermögen weiter aufbauen und dabei neue Formen der
119 wirtschaftlichen Beteiligung von Bürger*innen etablieren. Weil Grundversorgung in
120 öffentlicher Hand die beste Versorgung für alle garantiert, wollen wir kritische
121 Infrastrukturen wie Energienetze in die öffentliche Hand zurückholen. Der vollständige
122 Rückkauf des Berliner Stromnetzes beendet nicht nur einen jahrelangen Rechtsstreit, sondern
123 ermöglicht endlich gezielte Investitionen in die Infrastruktur der Energiewende der Stadt
124 und die genossenschaftliche Beteiligung der Bürger*innen zur aktiven Mitgestaltung über die
125 BürgerEnergie Berlin. Den Einfluss des Landes Berlin werden wir auf alle Energienetze
126 ausweiten. Wir werden daher auch prüfen, in wie weit eine Rekommunalisierung der GASAG
127 unseren energie- und klimapolitischen Zielen in Kooperation mit den Berliner Stadtwerken
128 zuträglich ist.

129
130 Zur langfristigen Stabilisierung des Berliner Wohnungsmarktes und zur Sicherung einer guten
131 sozialen und grünen Infrastruktur streben wir an, dass mindestens 50 Prozent aller Wohnungen
132 in Berlin in gemeinwohlorientierter Hand sind, sichern Grund und Boden für das Gemeinwesen
133 und vergeben öffentliche Grundstücke grundsätzlich nur noch als Erbbaurechte. Bei

134 Vergabeverfahren setzen wir auf das beste Konzept, nicht den höchsten Preis. Public Private
135 Partnerships stehen wir kritisch gegenüber, da durch sie häufig höhere Kosten für die
136 öffentliche Hand entstehen und Gewinne meist an die Privaten gehen. Sinnvolle Ausnahmen sind
137 zum Beispiel die Zusammenarbeit von Energieanbieter*innen und Rathäusern zur
138 Energieeinsparung (Energie-Contracting) oder genossenschaftliche Beteiligungen von
139 Bürger*innen. Sie können im Einzelnen geprüft und gefördert werden.

140 Finanzpolitik – zentraler Hebel im Kampf gegen die Klimakrise

141 Wir wollen offenlegen, welche Sektoren und Ausgaben wie viel klimaschädliche CO₂-Emissionen
142 verantworten und einsparen müssen und damit Klimaschutz zu einer Maxime auch haushalts- und
143 finanzpolitischer Entscheidungen machen. Dafür führen wir ein „Klima-Budget“ für die
144 Haushalte in Land und Bezirken ein. Wenn einzelne Bereiche hinter den Pariser Klimazielen
145 und dem davon abgeleiteten Berliner Einsparpfad zurückbleiben, muss zugunsten weiterer
146 Klimaschutzmaßnahmen im Haushalt umgesteuert werden. Die Versorgungsrücklagen und andere
147 Sondervermögen des Landes legen wir nach ethischen und ökologisch-nachhaltigen Kriterien an
148 – Gleiches gilt für Finanzanlagen, an denen das Land Berlin oder seine Gesellschaften
149 Anteile halten. Dieses sogenannte „Sustainable Finance“ soll ausgeweitet werden und
150 systematisch Anwendung finden, bis sämtliche dieser Vermögen klimaneutral angelegt sind. Mit
151 einer jährlichen Berichtspflicht gegenüber dem Abgeordnetenhaus und der Öffentlichkeit zur
152 Klima- und CO₂-Bilanz der öffentlichen Finanzanlagen schaffen wir Transparenz und stärken
153 die Nachfrage nach ökologischen Finanzmarktprodukten. Dafür werden wir auch mit der Ausgabe
154 von Green Bonds zur Finanzierung bestimmter öffentlicher Investitionsvorhaben, etwa im
155 Umwelt- und Verkehrsbereich, beginnen.

156 Finanzpolitik ist Gerechtigkeitspolitik

157 Gerechtigkeit ist für uns ein wichtiges Ziel, an dem sich auch die Einnahmen des Staates wie
158 seine Ausgaben messen lassen müssen. Im Bereich der sogenannten Ländersteuern und durch
159 eigene Abgaben können die Bundesländer einen Beitrag zur Umverteilung von Reichtum und zu
160 mehr Chancengerechtigkeit leisten. Dazu gehört die progressive Ausgestaltung der
161 Grunderwerbsteuer ebenso wie die Prüfung von Möglichkeiten zur Weiterentwicklung der
162 Grundsteuer. Unser Ziel bleibt, Spekulation mit Boden einzudämmen, den öffentlichen Anteil
163 am Grundbesitz deutlich zu steigern und die Liegenschaftspolitik an Gemeinwohlkriterien zu
164 orientieren. Dazu braucht es eine strategische Ankaufspolitik. Dafür wollen wir den neu
165 gegründeten landeseigenen „Berliner Bondenfonds“ ausbauen und dabei mit
166 zivilgesellschaftlichen Initiativen, Genossenschaften und Stiftungen kooperieren.

167 Die zweite Gerechtigkeitsfrage ist, wie Mittel ausgegeben werden. Künftige
168 Konjunkturprogramme wollen wir geschlechtergerechter ausgestalten. In den vergangenen Jahren
169 haben wir das Gender-Budgeting-Verfahren in Berlin novelliert und weiter vorangetrieben. In
170 der nächsten Legislaturperiode werden wir die Berliner Finanzpolitik durch ein
171 geschlechterspezifisches Controlling, ein Gender-Budgeting-Referat, einen
172 zivilgesellschaftlichen und wissenschaftlichen Beirat sowie durch Weiterbildungen innerhalb
173 der Verwaltung noch geschlechtergerechter gestalten. Wir setzen uns ferner dafür ein, dass
174 sich die gesellschaftliche Vielfalt in Berlin auch in der öffentlichen Förderung
175 widerspiegelt. Um Bürger*innen mehr direkte Mitsprache über die Verteilung von öffentlichen
176 Mitteln zu geben, setzen wir uns weiterhin für ein Pilotprojekt Bürger*innenhaushalt auch
177 auf Landesebene ein.

178 Wir arbeiten in Berlin für mehr Verteilungsgerechtigkeit – und genauso von Berlin aus auf
179 Bundesebene. Das Steuerschlupfloch „Share-Deals“, mit dem Investor*innen beim Immobilienkauf
180 die Grunderwerbsteuer umgehen, wollen wir auf Bundesebene schließen. Außerdem werden wir zur

181 Finanzierung nötiger Investitionen Initiativen im Bundesrat ergreifen, auch um die
182 Schuldenbremse für die Länder flexibler zu gestalten. Wir wollen die Einführung einer neuen
183 Vermögensteuer zugunsten der Länderhaushalte, nicht nur um der immer größeren Ungleichheit
184 von Vermögen entgegenzuwirken, sondern auch um die notwendigen Bildungsaufgaben von der Kita
185 bis zur Hochschule zu finanzieren. Wir setzen uns zudem für die Einführung einer
186 Anzeigepflicht für sogenannte Steuergestaltung und ein Bundesfinanzamt für (internationale)
187 Konzerne und Einkommensmillionäre ein, um Steuereinnahmen wirkungsvoll zu sichern, und wir
188 werden keinen Steuerreformen zustimmen, die zu Mindereinnahmen führen und die Schere
189 zwischen Arm und Reich vergrößern.

190 **6.2 Verwaltung fit machen – modern und effizient,** 191 **digital und vielfältig**

192 Eine gute Verwaltung ist Voraussetzung für eine funktionierende Stadt – dafür, dass Anliegen
193 und Anträge von Bürger*innen oder Unternehmen schnell bearbeitet werden, Beteiligung
194 selbstverständlich wird sowie Fahrradwege und Schulen zügig gebaut werden. Zuletzt hat die
195 Corona-Pandemie einmal mehr gezeigt, wie elementar es für uns alle ist, eine gut
196 ausgestattete, effiziente Verwaltung zu haben. Wir wollen eine Verwaltung, die besten
197 Service garantieren kann und in der bei jeder Aufgabe stets alle Abläufe schnell und
198 reibungslos ineinandergreifen. All das funktioniert nur mit klaren Strukturen, der richtigen
199 Technik, qualifizierten Leuten und einer zentralen Steuerung im Sinne gemeinsamer Standards.
200 Wir wollen Berlins Verwaltung vollständig digitalisieren und die Mitarbeiterschaft so divers
201 aufstellen, wie unsere Stadt auch tatsächlich ist. Vielfalt und gute Arbeitsbedingungen sind
202 die Basis für Kreativität und Motivation. Berlin soll auf den 1,5-Grad-Pfad kommen, die
203 Berliner Verwaltung muss auch hier zum Vorbild, ermutigt und in die Lage versetzt werden,
204 neue, bessere und schnellere Konzepte auf dem Weg zu diesem Ziel in die Umsetzung zu
205 bringen. Hierfür werden wir die enormen Hebelwirkungen als größte Arbeitgeberin Berlins
206 nutzen.

207 Gesamtstädtische Steuerung als gemeinsames Handeln – die Beziehungen von Land und Bezirken
208 neu ordnen

209 Berlin kann nur funktionieren, wenn die Ebenen der Verwaltung und die Ressorts eng
210 zusammenarbeiten und gemeinsame Ziele verfolgen. Eine Verbesserung dieser „gesamtstädtischen
211 Steuerung“ ist Herzstück des „Zukunftspakts Verwaltung“, den wir 2019 geschlossen haben, und
212 zugleich Maßgabe für unsere Arbeit in der kommenden Legislaturperiode. Wir wollen zu allen
213 Themen und Aufgaben von gesamtstädtischer Bedeutung ressort- und ebenenübergreifende
214 Zielvereinbarungen treffen. Diese Zielvereinbarungen berücksichtigen neben quantitativen
215 auch qualitäts- und wirkungsorientierte Aspekte öffentlicher Leistungserbringung, die
216 gemeinsam entwickelt und abgestimmt werden. Die Bezirke wollen wir auch zukünftig personell
217 und finanziell stärken, um vor Ort zusätzliche Handlungsspielräume zu eröffnen.

218 Gleichzeitig sind wir der Überzeugung, dass es eigentlich einer grundsätzlichen Neuordnung
219 der Beziehungen zwischen Land und Bezirken bedarf. Um das zu erreichen, wollen wir einen
220 Vorstoß wagen, bei dem Land und Bezirke ihre Zuständigkeiten und Kompetenzen neu ordnen.
221 Dies ist in manchen Punkten nur durch eine Verfassungsänderung und mit Zweidrittelmehrheit
222 im Abgeordnetenhaus möglich.

223 Die Berliner Verwaltung und die Steuerung der Stadt digitalisieren

224 Die Zukunft der Berliner Verwaltung ist digital. Wir wollen das vorhandene Berliner Service-
225 und Dienstleistungsportal zu einem digitalen Bürger*innenamt weiterentwickeln, das so viele

226 Verwaltungsdienstleistungen wie möglich automatisiert und mobil vorhält. Auf dieser
227 Grundlage werden wir die Mehrsprachigkeit von Bürgerdiensten sowie Beratungs- und
228 Informationsangeboten ausbauen. Ihnen zustehende Leistungen sollen den Bürger*innen wo
229 möglich proaktiv vorgeschlagen werden, die nötigen Anträge fristgerecht schon vorausgefüllt
230 mit den vorhandenen Daten der Bürger*innen bereitstehen. Das ist komfortabel für die
231 Nutzer*innen und hilft zugleich der Verwaltung, Ressourcen einzusparen. So können sich deren
232 Mitarbeiter*innen besser um persönliche Belange und Einzelfälle kümmern. Die bestehende
233 Ordnungsamt-App wollen wir zu einem umfassenden "Mängelmelder" weiterentwickeln, um die
234 Kommunikation zwischen Bürger*innen und Verwaltung zu modernisieren.

235 Aber auch die täglichen Abläufe und das Datenmanagement in unserer Smart City wollen wir
236 digitalisieren: Die intelligente Steuerung von Verkehrsströmen verhindert Stau und sorgt
237 dafür, dass Busse oder Leihräder immer genau da sind, wo sie gebraucht werden. Intelligentes
238 Müllmanagement sorgt für saubere Kieze, die Versorgung mit Kitaplätzen vor Ort wird
239 automatisch mit den Geburten- und Meldedaten in den Stadtteilen abgeglichen. Um Daten
240 systematisch zu erfassen und möglichst unabhängig nutzen zu können, wollen wir Datenhoheit
241 bei bestehenden Verträgen mit privaten Anbietern prüfen und bei neuen sicherstellen. Mit dem
242 digitalen Bauamt beschleunigen wir energetische Modernisierungen und die Schaffung
243 bezahlbaren Wohnraums. Das Wohnungs- und Mietkataster ermöglicht eine effektive
244 wohnungspolitische Kontrolle.

245 Um auf diesem Weg voranzukommen, wollen wir die Zuständigkeiten für Digitalisierung, die
246 derzeit in der Senatskanzlei, in der Innen- und der Wirtschaftsverwaltung liegen, besser
247 strukturieren und zusammenführen. Wir brauchen eine zentrale Steuerungsstruktur, die mit
248 Durchgriffsrechten, Ressourcen und Budget ausgestattet ist. Damit das Zusammenspiel gut
249 funktioniert, werden wir den aktuellen Prozess zur Schaffung klarer IT-Rollen und einer
250 sinnvollen Aufgabenteilung zwischen Senats- und Bezirksverwaltungen weiter treiben und die
251 nötigen Mittel für eine moderne IKT-Ausstattung bereitstellen. Bis 2026 wollen wir alle
252 öffentlichen Gebäude ans Berliner Landesnetz angeschlossen haben und wir werden dafür
253 prüfen, inwieweit ein landeseigenes Unternehmen das Verlegen der fehlenden Glasfaserkabel
254 schneller meistert.

255 Sicherheit und Effizienz sind für uns die Leitprinzipien der Digitalisierung der
256 öffentlichen Dienstleistungen. Ohne Datenschutz und IT-Sicherheit haben Bürger*innen und die
257 Wirtschaft kein Vertrauen in digitale Dienste. Klare Verantwortlichkeiten, „privacy by
258 design“, schnell reagierende Beschwerdestellen und ein*e gut ausgestattete IT-
259 Sicherheitsbeauftragte*r sind für uns integraler Bestandteil aller Vorhaben. Gleiches gilt
260 für die Effizienz: Mit zentralem Management der Hardware- und Softwarestrukturen und
261 Beauftragten der Bezirke sowie der Fachbereiche – wie zum Beispiel Schulen – schaffen wir
262 den richtigen Mix aus solider Struktur, einheitlichem Sicherheitsniveau und flexiblem
263 Eingehen auf besondere Bedürfnisse.

264 Digitalisierung bedeutet neue Anforderungen, sowohl für Verwaltungsmitarbeiter*innen als
265 auch die Politik. Mobiles Arbeiten, digitale Kompetenz und eine neue Fehlerkultur sollen
266 Bestandteil von Weiterbildungen der Verwaltungsmitarbeiter*innen werden.

267
268 Diskriminierungsfreiheit bei Anwendung Künstlicher Intelligenz

269
270 Automatisierte Systeme und Künstliche Intelligenz (KI) können auch in der Berliner
271 Verwaltung einen wertvollen Beitrag leisten, wenn ihr Einsatz strengen Kriterien unterliegt,
272 um Diskriminierungsfreiheit und Transparenz sicherzustellen. Forschungsvorhaben und Start-
273 Ups mit entsprechenden Schwerpunkten sollen besonders gefördert werden. Für den Einsatz von
274 KI in der öffentlichen Verwaltung sollen qualitätssichernde Prozesse, Tests und

275 Dokumentationspflichten vorgegeben werden, die die Entwicklung von möglichst objektiven,
276 gesetzeskonformen Algorithmen dokumentieren. Algorithmen und KI müssen auf ihre
277 Diskriminierungsfreiheit hin bewertbar werden. Dieser Prozess beginnt bereits bei der
278 Auswahl der Entwicklungsteams.

279
280 Für neue Vorschriften - von Gesetzen über Verordnungen bis hin zu Verwaltungs- und
281 Ausführungsvorschriften - soll es künftig einen Digitalisierungs-Check geben, damit nicht
282 wichtige Fragen zur Umsetzung viel zu spät gestellt werden und dann die Verwaltung
283 überfordern - sondern stattdessen "digital ready" zur Verwaltungskultur wird. Schon für die
284 Rechtsetzung fordern wir daher digital-taugliche Entscheidungen, in denen Recht,
285 Organisation und IT von Anfang an zusammen gedacht und multiprofessionell angegangen werden

286 Personelle Erneuerung organisieren – die Verwaltung wird vielfältig

287 Verwaltung funktioniert nur mit motivierten Mitarbeiter*innen. In den kommenden Jahren wird
288 ein erheblicher Teil der Beschäftigten altersbedingt ausscheiden, für die anderen stehen
289 große Umbrüche an. Um neue kompetente Mitarbeiter*innen zu gewinnen, setzen wir auf gute
290 Arbeitsbedingungen, eine gute Bezahlung und gute Entwicklungsmöglichkeiten. Es ist uns
291 gelungen, dass Beamt*innen mit dem Ende der Legislaturperiode endlich den Durchschnitt der
292 Besoldung anderer Bundesländer erreichen. Künftig wollen wir mobiles Arbeiten zur Standard-
293 Option machen und durch Erleichterungen für Quereinsteiger*innen, Austauschprogramme auch
294 mit europäischen Partnerstädten, Qualifizierungsangeboten oder Möglichkeiten, die Laufbahn
295 zu wechseln, attraktive Perspektiven schaffen. Darüber hinaus werden wir die
296 Einstellungsverfahren in der städtischen Verwaltung weiter beschleunigen.

297 Enquete-Kommission gegen Diskriminierung in der Verwaltung und in den (Sicherheits-)
298 Behörden

299 Für die Dauer der kommenden Legislaturperiode wollen wir eine parlamentarische Enquete-
300 Kommission einrichten. Ziel ist, diskriminierende Strukturen in der Berliner Verwaltung und
301 den (Sicherheits-)Behörden proaktiv und systematisch zu erfassen, diese abzubauen und die
302 Verwaltung offener und diverser zu machen. Sachverständige aus der Zivilgesellschaft können
303 dort ihre diskriminierungskritische Expertise einbringen und die vielfältigen Perspektiven
304 potentiell Betroffener sicherstellen.

305 Auch künftig gilt für uns „50 Prozent der Macht den Frauen“ – und das auch auf den höheren
306 Führungsebenen der Verwaltung. Um die Verwaltung für Schwarze Menschen, People of Color,
307 queere Menschen, Menschen mit Behinderung oder Menschen aus bildungsferneren Milieus
308 attraktiver zu machen, setzen wir bei Einstellungsverfahren bewusst auf Diversität. Alle
309 Führungskräfte der Verwaltung sollen Fortbildungen zum Thema Diversität bekommen.

310 **6.3 Handlungsfähige Bezirke schaffen – vor Ort** 311 **entscheidet sich unser Zusammenleben**

312 Wir sind zuhause in den Kiezen und Stadtteilen. Hier entscheidet sich, wie wir gemeinsam
313 Berlin gestalten. Möglich ist das nur, wenn die Bezirke handlungsfähig sind. Als wir 2016
314 Regierungsverantwortung übernommen haben, war dies kaum noch gegeben. Das Spardiktat des
315 vorangegangenen Jahrzehnts hatte die Bezirke ausbluten lassen. Wir haben seitdem die
316 Personalstellen in den Bezirken um 20 Prozent angehoben, die finanziellen Mittel sogar um 25
317 Prozent. Und wir haben Entscheidungsfreiheit an die Bezirke zurückgegeben. Um diesen Weg
318 fortzusetzen, wollen wir an die Strukturen ran und dabei gute Bürger*innendienstleistungen

319 in den Mittelpunkt stellen. Vor Ort muss sich beweisen, dass die Stadt funktioniert sowie
320 mehr Demokratie und Beteiligung möglich sind.

321 Sozial und ökologische Qualität in die Finanzierung der Bezirke integrieren!

322 Das Prinzip der Finanzierung der Bezirke ist zu einseitig an den Preisen ihrer
323 Dienstleistungen bzw. Produkten orientiert. Wenn die Aufgabe in einem anderen Bezirk
324 preiswerter erfüllt wird, besteht die Gefahr das andere nachziehen und die Qualität der
325 Leistungen sinkt. Diese Logik wollen wir durchbrechen, indem wir die mit der Kosten- und
326 Leistungsrechnung (KLR) verbundene Finanzierung (=Budgetierung) neu aufstellen. Wir wollen
327 neben Kostendaten auch Leistungs- und Qualitätsdaten erfassen, denn sie sind auch ein
328 Merkmal guter Politik. Konkret wird das zum Beispiel beim Klimaschutz und bei der sozialen
329 Infrastruktur. Wir wollen einen Anreiz für klimafreundliches und ressourcensparendes
330 Haushalten in die Logik der Bezirksfinanzierung integrieren. Dazu muss die Finanzzuweisung
331 an die Bezirke und die Verteilung der Mittel innerhalb der Bezirke die soziale und
332 ökologische Qualität der Dienstleistungen ebenso berücksichtigen, wie deren Mengen und
333 Kosten. Auch das Gender-Budgeting, also die Prüfung, ob die Mittel geschlechtergerecht
334 eingesetzt werden, wollen wir weiter stärken.

335 Die derzeitige Logik des Wettbewerbs führt dazu, dass Innovationen nicht geteilt werden, da
336 mehr Effizienz in anderen Bezirken neue Sparzwänge erzeugt. Wir wollen gemeinsames Ringen um
337 den besten Weg, kein Gegeneinander. Gerade bei der Schulsanierung hat sich gezeigt, dass die
338 Bezirke an Grenzen kommen. Darum wollen wir Bezirkskooperationen ausbauen und Prozesse
339 effizienter gestalten, um Kosten zu senken.

340 Über die Logik der KLR, in der über sogenannte „Produkte“ Einzelleistungen abgerechnet
341 werden, können zum Beispiel Kosten für kulturelle Angebote kaum abgebildet werden. Manche
342 Angebote zeichnen sich durch viele Besucher*innen aus, andere durch eine lange Verweildauer.
343 Das lässt sich nicht in Preis-Mengen-Kategorien fassen. Darum wollen wir

344 ausprobieren, ob und wie Kultur- und Weiterbildung und die mit den stadtweiten
345 Zielvereinbarungen verbundenen Aufgaben aus der Globalsummen-Budgetierungen herausgenommen

346 und stattdessen die Zuweisungen in anderer Form berechnet werden können.

347 Eigenständigkeit der Bezirke stärken

348 Die Eigenständigkeit der Bezirke wollen wir weiter stärken. In den letzten Jahren haben wir
349 Sonderprogramme, die Bezirken vorschreiben, wie sie Geld zu verwenden haben, um ein Drittel
350 zurückgefahren und Mittel direkt in den Bezirksplanfonds gegeben. Künftig soll systematisch
351 gelten: Sonderprogramme dürfen nur noch als besondere Innovationsprogramme und nicht mehr
352 zur Finanzierung von Regelaufgaben eingesetzt werden.

353 All diese Veränderungen müssen sich in der Gesamtsumme der bezirklichen Mittel
354 widerspiegeln. Darum wollen wir die Bezirke künftig gesetzlich festgeschrieben an der
355 Erarbeitung und Bewirtschaftung der Bezirksplanfonds beteiligen. Wir wollen ein
356 Bezirkefinanzierungsgesetz beschließen, um Verbindlichkeit und Nachhaltigkeit in der
357 finanziellen Zusammenarbeit zwischen Senat und den Bezirken festzuschreiben. Unrealistische
358 Einnahmenvorgaben wollen wir so vermeiden und konkrete Bedarfe in den Mittelpunkt stellen –
359 inklusive höherer Qualitäts- und Nachhaltigkeitsstandards. Die eigenständige
360 ämterübergreifende räumliche Entwicklungsplanung zur Konkretisierung der Berliner
361 Flächennutzungsplanung (FNP) und zur damit begründeten Sicherung von Flächen für das
362 Gemeinwohl und den Ausbau sozialer und grüner Infrastruktur muss wieder personell und
363 finanziell gesichert sein.

364 Mehr Demokratie in den Bezirken

365 Die Bezirke sind Orte lokaler Demokratie und aktiver Beteiligung. Deshalb wollen wir die
366 nötige Flexibilität für die Bezirksämter sichern, ihre Struktur nach politischen
367 Schwerpunktsetzungen selbstständig festzulegen. Gleiche und starre Geschäftsbereiche in
368 allen Bezirken lehnen wir ab. In Zukunft wollen wir die lokale Demokratie stärker mit Leben
369 füllen.. Bisläng werden Bezirksämter nach Proporz besetzt – die Parteien stellen
370 Stadträt*innen entsprechend ihrem Wahlergebniss, anders als auf Bundes- und Landesebene, wo
371 eine politische Mehrheit die Regierung bestimmt. Dieses Prinzip wollen wir auch im Bezirk
372 als „politisches Bezirksamt“ einführen und damit die „Einheitsgemeinde Berlin“ in ihrer
373 dezentralen Verantwortung stärken. Nur so wird für die Bürger*innen nachvollziehbar, welche
374 Parteien für welche Politik in der Verantwortung stehen.

375 Mehr Demokratie bedeutet auch, das bezirkliche Parlament, die Bezirksverordnetenversammlung
376 (BVV), zu stärken. Derzeit verfügen die BVVen nur in einigen Bereichen über
377 Entscheidungsrechte und können überall sonst lediglich Verwaltungshandeln anregen. Das soll
378 sich ändern, wir wollen mehr BVV-Beschlüsse mit Rechtswirkung ausstatten. Außerdem sollen
379 Bezirksverordnete die Möglichkeit erhalten, auf unabhängige Expertise zurückzugreifen,
380 vergleichbar mit dem wissenschaftlichen Dienst des Abgeordnetenhauses.

381 Auch die direkte Beteiligung von Bürger*innen wollen wir stärken. Lokale Partizipation soll
382 durch Bürger*innenräte und Bürger*innen-Haushalte dauerhaft etabliert werden. Dazu wollen
383 wir gemeinsam mit Wissenschaftler*innen die verschiedenen Ansätze evaluieren und jeweils
384 passende Formate in allen Bezirken etablieren.

385 Politik vor Ort wird von Menschen gemacht. Wir haben die Stellen in den Bezirksverwaltungen
386 stark aufgebaut. Dies wollen wir fortsetzen, bis auch die Lücken der Vergangenheit
387 geschlossen sind. Systematisch gilt künftig: Werden neue Aufgaben auf die kommunale Ebene
388 übertragen, müssen dem auch die notwendigen finanziellen und personellen Ressourcen folgen.
389 Diversität ist für uns bei der Personalgewinnung ein zentrales Kriterium. Ziel ist, die
390 Bevölkerung in all ihrer Vielfalt abzubilden.

391 Jetzt ganz konkret: Bündnisgrüne Projekte für die Zukunft Berlins

392 1. Privatisierung stoppen – Berlins Vermögen ausbauen

393 Wir wollen eine echte Privatisierungsbremse in Form eines Bodensicherungsgesetzes und eine
394 Änderung der Berliner Verfassung. Dabei gilt: Das Grundstockvermögen darf in seinem
395 Wertbestand grundsätzlich nicht verringert werden. Ausnahmen gibt es per Gesetz und in
396 außergewöhnlichen Notsituationen mit einer Mehrheit des Abgeordnetenhauses. Wir wollen, dass
397 Berlins Vermögen nicht nur stabil bleibt, sondern weiterwächst. Deshalb werden wir kritische
398 Infrastrukturen wie Energienetze in die öffentliche Hand zurückholen. Zur langfristigen
399 Stabilisierung des Berliner Wohnungsmarktes streben wir an, dass mindestens 50 Prozent aller
400 Wohnungen in Berlin in gemeinwohlorientierter Hand sind, sichern Grundstücke für soziale,
401 kulturelle und grüne Infrastruktur und vergeben öffentliche Grundstücke grundsätzlich nur
402 noch als Erbbaurechte.

403 2. Berliner Klima-Budget – ein Klima-Check für die Haushalte in Land und Bezirken

404 Klimaschutz wird zur Querschnittsaufgabe in der Berliner Verwaltung. Jeder Sektor – Verkehr,
405 Gebäude, Gewerbe, Abfallwirtschaft etc. – weist ein eigenes jährliches Klima-Budget aus.
406 Maßgeblich sind die Pariser Klimaziele sowie der daraus abgeleitete CO₂-Einsparpfad für
407 Berlin. Wird der nicht eingehalten, müssen die zuständigen Verwaltungen zugunsten
408 zusätzlicher Treibhausgas-Reduktionen nachsteuern: durch eine andere Prioritätensetzung im
409 Haushalt oder ordnungsrechtliche Maßnahmen. Dadurch wird Klimaschutz in Berlin

410 transparenter, kann effektiver kontrolliert werden und fließt stärker in die politische
411 Entscheidungsfindung ein. Gleichzeitig ermutigen wir die Verwaltungen, neue Konzepte und
412 Technologien zu erproben und umzusetzen.

413 3. Gemeinsame Ziele, klare Verantwortlichkeiten – Bezirke und Land stärken

414 Viele Aufgaben sind derzeit sowohl auf Landes- als auch auf Bezirksebene verankert. Dies
415 führt nicht selten zu Doppelstrukturen und lückenhaften, unklaren Zuständigkeiten. Für uns
416 gilt der Leitsatz: Aufgaben gehören auf die Ebene, die dafür am besten geeignet ist. Dabei
417 sollen Arbeitsbereiche, von der Planung bis zur Umsetzung, so weit wie möglich von einer
418 einzelnen Verwaltung verantwortet werden. Entscheidend dabei ist, dass der jeweiligen
419 Zuständigkeit auch das notwendige Geld folgt. Zugleich wollen wir Berlin durch ein besseres
420 Zusammenspiel der Ebenen voranbringen, indem wir für alle relevanten öffentlichen Aufgaben
421 und Bürger*innendienstleistungen Zielvereinbarungen abschließen. Damit beschleunigen wir
422 auch die Modernisierung der Stadt.

423 4. Alle Leistungen der Verwaltung digital und aus einer Hand

424 Wir wollen aus dem Berliner Service- und Dienstleistungsportal ein attraktives digitales
425 Bürger*innenamt machen. Alle Verwaltungsdienstleistungen sollen dort online, medienbruchfrei
426 und auch mobil zugänglich sein. Dazu wollen wir die bundesgesetzlichen Voraussetzungen
427 schaffen und die internen Verwaltungsabläufe vollständig digitalisieren. Unser Ziel ist, das
428 Hin und Her zwischen verschiedenen Ämtern, Internetseiten und Online-Formularen zu beenden.
429 Wir Grüne tragen zugleich Sorge dafür, dass alle Behörden ihre IT-Infrastruktur mit den
430 gebotenen Sicherheitsanforderungen betreiben und ihre Mitarbeiter*innen umfassend geschult
431 werden.

432 5. Bezirke: Nicht der billigste Preis, sondern die beste Leistung gewinnt!

433 Das Prinzip der Kosten- und Leistungsrechnung (KLR), auf der die Finanzierung der Bezirke
434 basiert, gerät bei knappen Budgets schnell zu einem ruinösen Wettbewerb um den billigsten
435 Preis. Das führt zu weniger Qualität und unterschiedlichen Standards in den zwölf Berliner
436 Bezirken. Wir wollen Kooperation statt Konfrontation und einen Wettbewerb um die beste
437 Leistung, nicht die billigste. Darum werden wir bei der KLR die Kostendaten mit
438 verbindlichen Qualitätsstandards definieren.